

# Volksblatt

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen

Einzelpreis 15 Pf.

Halle (Saale), Mittwoch, den 6. Februar 1946

57. Jahrgang / Nr. 31

## Einheit ist Leben - Spaltung ist Tod!

### Einmündige Forderung nach Herstellung der Einheitspartei durch die Provinz-Delegiertenkonferenz in Halle

Im festlich geschmückten großen Saal des „Volkspark“ fand gestern die Provinzial-Delegierten-Konferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der Provinz Sachsen statt, die von 453 Delegierten besucht war. Die einheitliche Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien, wie sie in der gemeinsamen Entschlüsselung der SPD und KPD vom 21. Dezember 1945 zur Durchführung gemeinsamer Aktionen wie auch zur Schaffung der einheitlichen Arbeiterpartei gefaßt wurde, fand in der Tagung breitesten Ausdruck und wurde im Verlaufe der Diskussion einstimmig gefordert. Die Einheit als der erfolgreichste Weg zu gemeinsamer Tat wird von den Gewerkschaftlern für den 1. Mal, dem Feiertag der internationalen Arbeiterklasse, gefordert.

In einem Spruchband „Einheit ist Leben - Spaltung ist Tod“ wurde die Bedeutung des Gedankens der Einheit sinnfällig vor Augen geführt.

Der erste Vorsitzende des FDGB der Provinz Sachsen, Jaeger, eröffnete die Konferenz und begrüßte die 453 in geheimer Wahl gewählten Delegierten und stellte die Gewerkschaften als Träger der Einheit der Arbeiterpartei heraus. Nach dem Totengedenken, das den „Opfern des Faschismus“ gewidmet war, begann die Konferenz ihre „erste Arbeit“.

Eingangs verbreitete sich der Landessekretär der CDU, Brummert, über Christentum und Sozialismus und erklärte, daß die CDU ein Glied im Aufbau einer neuen Demokratie sein wolle.

Genosse Böttge von der SPD stellte nach einem Rückblick auf das hinter uns liegende Chaos die großen Aufgaben der neuen Zeit heraus. Er bezeichnete das Jahr 1946 als das Jahr des stärksten Aufbaus. Überörtliche Vorbedingung für die Verbesserung des Lebensstandes unseres Volkes sei die Einheit der Arbeiterklasse. Mit der Hoffnung, daß am kommenden 1. Mai der Tag da sei, an dem die beiden Arbeiterparteien eine Einheit bilden und daß alle Bruderzwist dann vorüber sei, und mit dem Ausblick, daß bald die roten Fahnen der Bewegung im Sturmwind einer neuen Zeit flattern werden, schloß Genosse Böttge seinen Aufruf zur Einheit.

Der Sekretär der KPD, Bernard Koenen, begrüßte die erste frei gewählte Arbeiterkonferenz der Provinz Sachsen und bezeichnete die Gewerkschaften als die Schule für eine kämpferische Demokratie, durch welche die Grundlage geschaffen werde für den Sozialismus. Die mühsam errungenen Früchte der Gewerkschaftsarbeit vor der Hitlerzeit, die in den zwölf Jahren nazistischer Herrschaft zerschlagen worden seien, müßten jetzt neu aufgebaut werden. Entscheidend für diese Entwicklung sei nicht allein die Propaganda, sondern die Aktionseinheit in den Betrieben. Durch unermüdete Kleinarbeit müßte dieser Aufbau wachsen. Militarismus, Faschismus, Reaktion und sämtliche Feinde des Neubaus müßten niedergebrosen werden. Mit dem Aufruf, durch unbesiegbaren Willen und Hartnäckigkeit diese Ziele bis zur völligen Einigung der beiden Arbeiterparteien zu verfolgen, schloß Gen. Koenen seine Ausführungen.

Im Namen der Provinzialverwaltung begrüßte sodann Vizepräsident Thape die Delegierten der Konferenz und gab einen weitgespannten Überblick über Grundlinien, Aufgaben und Formen der Gewerkschaft von heute. Er betonte dabei, daß die Gewerkschaftler die Vertreter der Produzenten seien und daß bei der Arbeiterschaft die Verantwortung für die Produktion liege. Bei allem Tun und Denken dürfe das große schicksalsträchtige Ziel nicht vergessen werden, nämlich über die Grenzen unserer Provinz hinaus für die Zukunft des

deutschen Volkes zu sorgen. Für die Gewerkschaften ergebe sich die Aufgabe, den politischen Parteien dieses Ziel zu weisen und der Arbeiterklasse die Führung Deutschlands zu überantworten.

Namens der Stadtverwaltung begrüßte Stadtrat Behnke die Konferenz und verlas die Grüße der Stadtverwaltung Halle. Für den Jugendausschuß sprach Gretel Schuster, die ebenfalls der Hoffnung auf die Einheit der Arbeiterklasse Ausdruck gab und die Forderung aufstellte, in Zukunft Jugendvertreter in den Betriebsräten zu wählen.

In einer groß angelegten Rede gab Vizepräsident Robert Siewert, nachdem er die Grüße des dienstlich verhinderten Präsidenten Dr. Hübener überbracht hatte, einen Rückblick über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, zeigte die Perspektiven einer einheitlichen gewerkschaftlichen Internationale auf und prophezeite, daß der Tag bald nicht mehr fern sei, daß jeder Werktätige, ob Frau, ob Mann, in der Gewerkschaftsarbeit stehe. Mit dem Hinweis, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein könne, forderte er alle Werktätigen auf, Deutschlands Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und gegen alle reaktionären Elemente den Kampf aufzunehmen. Nicht Imperialismus und Militarismus, sondern Friede und Fortschritt sollen die Parole der neuen Zeit sein, die im Zeichen der Einheit stehen und die den höchsten Beamten und den kleinsten Arbeiter umfassen wird.

Er stellte dabei die Forderung auf, daß jeder Unternehmer der Hitler zur Macht verholfen habe, entgeltlos werde und daß sein Betrieb unter Leitung der Betriebsräte von der gesamten Arbeiterschaft in Verwaltung genommen werden müsse.

## Alle Kräfte für Einheit und Aufbau

Die Provinz-Delegiertenkonferenz des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der Provinz Sachsen, die von 453 Delegierten besucht ist, begrüßt die einheitliche Zusammenarbeit der KPD und SPD, wie sie in der gemeinsamen Entschlüsselung der beiden Parteien vom 21. Dezember 1945 zur Durchführung gemeinsamer Aktionen, wie auch zur Schaffung der einheitlichen Arbeiterpartei gefaßt wurde. Die in der Entschlüsselung geforderten gemeinsamen Aktionen als der erfolgreichste Weg der engen Verbindung der Mitglieder und Organisationen beider Parteien in gemeinsamer Tat, werden auch weiterhin von uns als Gewerkschaftler mit allen Mitteln unterstützt. Wir sehen besonders in der begonnenen breiten Bewegung unserer Provinz

„Einheit und Aufbau für Volk und Heimat“

die beste Möglichkeit zur Zusammenarbeit aller Werktätigen, besonders aller Arbeiter und An-



Vizepräsident Siewert während seiner Ansprache vor den Gewerkschaftsdelegierten in Halle

Aus der Einheit der Arbeiterpartei erwachse das Morgenrot einer neuen Zeit, das in die Epochen hinüberleuchten müsse, die ein Zusammenschluß der Arbeiterschaft der ganzen Welt bringe.

Nach den Tätigkeitsberichten der Funktionäre über den Aufbau in den Betrieben, über Produktionsprogramme und Transportprobleme, Schule, Kulturarbeit und alle interessierenden Fragen der gemeinsamen Parteiarbeit kamen die Diskussionsredner in größerem Rahmen zu Wort.

In den Diskussionen kam immer wieder die Forderung nach dem Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien und zur Einheit der Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Nach Beendigung der Aussprache wurde folgende Entschlüsselung einstimmig angenommen:

„In den Betrieben. Wenn alle Einzelaktionen in fester Gemeinschaft aller Gewerkschaftler und insbesondere aller Mitglieder der KPD und SPD und die Betriebsprogramme und Aufgaben dieser Bewegung auf den verschiedensten Gebieten durchgeführt werden, so wird das nicht nur die beste Sicherung des Erfolges der Bewegung sein, sondern gleichzeitig auch die beste Grundlage in der Aktionseinheit und die Voraussetzung zur organisatorischen Vereinigung der beiden Arbeiterparteien.“

Die Delegierten begrüßten begeistert die Schaffung des „Organisationskomitees der einheitlichen Arbeiterpartei“

der Kreisorganisationen der SPD und KPD in der Provinz Sachsen erklären, in diesem Beschlusse kommt nicht nur der Einheitswille der Zeitler Arbeiter zum Ausdruck, sondern der großen Mehrheit der Mitglieder der SPD, der KPD und der Gewerkschaft in der gesamten Provinz Sachsen überhaupt. Das wird erneut bestätigt durch die

Schaffung eines gleichen „Komitees der einheitlichen Arbeiterpartei“ im Kreise Bitterfeld.

Die Delegierten erwarten, daß auch in weiteren Kreisen der Provinz solche „Komitees der einheitlichen Arbeiterpartei“ geschaffen werden und daß auch in kürzester Zeit die Provinzleitungen beider Parteien zu einem gleichen Beschlusse für die ganze Provinz kommen.

Diese Fortschritte zur Einheitspartei werden die Gewerkschaftsbewegung und die Durchführung ihrer besonderen Aufgaben in den Betrieben außerordentlich fördern. Zehntausende nichtorganisierter Kollegen und Kolleginnen werden das als Anregung nehmen, sich der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen.

Jeder weitere Schritt zur Einheitspartei bedeutet einen Schlag gegen die Reaktion und ihre Helfer, die in den letzten Monaten wieder aktiver geworden sind und besonders versuchen, Spaltung, Zerstörung, Mißstimmung und Passivität in die Reihen der Bevölkerung zu tragen — um den Aufbau zu hindern.

Die Schaffung der Einheitspartei wird eine gewaltige Stärkung des Einflusses der Arbeiterklasse herbeiführen. Sie beschleunigt und erleichtert die Erfüllung unserer großen Aufgaben beim Aufbau. Dadurch werden die Schwierigkeiten im Transport, Brennstoffbeschaffung, Aufbau der Städte, Fabriken und Wohnungen und besonders der rastlosen Durchführung der Frühjahrsbestellung, sicherer und besser überwinden.

So wirkt sich die Schaffung der Einheitspartei der Arbeiter nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse aus, sondern im Interesse unseres ganzen Volkes.

Gewählt wurden auf der gestrigen Konferenz für Berlin 225 Delegierte, die sich aus 130 Kommunisten und 95 Sozialdemokraten zusammensetzen. In der Provinzsaal wurden 27 Delegierte gewählt, von denen 15 der KPD und 12 der SPD angehören.

Eine weitere Entschlüsselung über die nächsten Aufgaben des FDGB folgt auf der 2. Seite.



Eine Bauerndelegation als Gäste des FDGB

Aufn.: Foto-Gruppe

### Leuna hilft den Kindern

Eine Sammelaktion, die im Leunawerk unter der Devise „Helft den Kindern“ durchgeführt wurde, hatte das beachtliche Ergebnis von 37.385,32 RM. Auf jedes Belegschaftsmitglied entfällt ein durchschnittlicher Spendenbetrag von 3,27 RM. Eine Uebersicht über die Sammelergebnisse in den Produktionsbetrieben, der bautechnischen und der maschinentechnischen Abteilung sowie den verschiedenen anderen Betrieben des Werkes zeigt, daß in allen Abteilungen die gleiche Bereitschaft vorhanden war, den Kindern zu helfen.

### Neuyorker Hafen lahmgelegt

Neuyork (SNB). Laut Asso-Press wurde der Hafen von Neuyork durch einen Streik der 3500 Schleppdampfer-Arbeiter lahmgelegt. Der Streik wurde von 35.000 Shower-Leuten unterstützt, die es ablehnten, Schiffe zu beordern. Der Streik schneidet Neuyork von der Hälfte seiner Nahrungsmittel- und 80 Prozent seiner Brennstoffbelieferungen ab.

### Aus den westlichen Besatzungszonen

München (SNB). Wie der englische Nachrichtenendienst meldet, werden die Lebensmittelpreise in der gesamten amerikanischen Besatzungszone um etwa 8,5 Prozent erhöht werden. Durch die Preiserhöhung werden sich die Kosten für 1 Kilogramm Brot um 3 Pf., für 1 Kilogramm Zucker um 4 Pf. und pro Ei um 1 Pf. erhöhen. Diese Preiserhöhungen erfolgen auf Grund der Einstellung der staatlichen Unterstützungsgelder an die Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Subsidien wurden auf Vorschlag der deutschen Behörden eingestellt, da hierdurch die einzelnen Länder der amerikanischen Zone eine 40prozentige finanzielle Erleichterung erhalten.

Burgsteinfurt (SNB). Dem brüdischen Pressedienst zufolge wird am 4. Februar in Burgsteinfurt (nahe der deutsch-holländischen Grenze) der Prozeß gegen sieben Deutsche beginnen, die beschuldigt werden, am 21. November 1944 einen kriegsgefangenen alliierten Flieger in Enschede (Holland) ermordet zu haben.

# Die nächsten Aufgaben der Gewerkschaften

Auf der Provinzkonferenz des FDGB wurde weiter die folgende Entschliessung angenommen:

Die am 5. Februar 1946 zu Halle (Saale) im „Volkspark“ tagende Provinzkonferenz des FDGB begrüßt als wärmste die Plattform des Zentralen Organisationsausschusses von Potsdam. In der Konkretisierung der in der Plattform gestellten Aufgaben gilt es, für die Provinz Sachsen folgendes Programm zu verwirklichen:

## 1. Fortsetzung der Bereinigung der Betriebe von aktiven Faschisten und Militaristen

und deren Enttarnung aus den Kommandostellen der Verwaltungen und Wirtschaft. Bei dieser Säuberungsaktion ist klar zu unterscheiden, ob es sich um aktive Nazis oder nur um sogenannte nominelle Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen handelt. Den letzteren werden wir Gelegenheit geben, durch ehrliche Mitarbeit zu beweisen, dass sie gewillt sind, beim Neuaufbau einer demokratischen Wirtschaft zu helfen.

## 2. Um die grossen Aufgaben in Wirtschaft und Industrie

im Sinne der Potsdamer Plattform schneller durchführen zu können, macht es sich notwendig, daß für die gesamte Okkupationszone ein einheitliches Betriebsratsgesetz schnellstens verabschiedet wird, in dem das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretungen garantiert wird.

## 3. Die Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung für die Werktätigen

bei Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität halten wir für dringend notwendig. Bei der Bestellung des Vorstandes für die Sozialversicherung ist zu beschließen, daß er sich zu zwei Dritteln aus Vertretern der Gewerkschaften und ein Drittel aus Vertretern der Industrie- und Handelskammern zusammensetzt.

## 4. Beschleunigte Ausarbeitung von Tarifen

Nachdem die Faschisten und Kriegstreiber d. a. S. Tarifen zerschlagen haben, ist es erforderlich, an die beschleunigte Ausarbeitung von Tarifen für alle Industrie- und Wirtschaftszweige unserer Provinz heranzugehen. Wir schlagen vor, in allen Betrieben die Bildung von Tarif- und Akkordkommissionen vorzunehmen. Als besondere Härte betrachten wir den Erlaß der Provinzialverwaltung vom 17. Dezember 1945 und vom 7. Januar 1946, der die Zahlung von Kinderzulagen an Arbeiter und Angestellte ab 1. Januar 1946 einstellen soll. Da die Löhne und unteren Gehälter an sich schon bis zu 25 Prozent unter den Gehältern und Löhnen der Privatindustrie liegen, sind wir der Meinung, daß die Einkommen bis zu 400 Mark im Monat davon nicht betroffen werden sollen.

## 5. Die neue Freie Gewerkschaft ist die Organisation der Werktätigen

und hat die große Aufgabe, den Arbeitern zu helfen, das Wesen des Faschismus und Militarismus zu erkennen, um die Rassenlehre, Lebensraumtheorie usw. zu überwinden. Wir müssen in viel größerem Maße als bisher bei der Ausbildung bewährter Antifaschisten zu Volksschulern mitwirken und darüber hinaus eine wesentliche Erweiterung der Bildungs- und Umschulungsmöglichkeiten anstreben. Um eine breiteste antifaschistische Aufklärung zu ermöglichen, ist die politische Klarheit und das Klassenbewußtsein unserer Funktionäre die wichtigste Voraussetzung. Die bisher durchgeführte Schulungsarbeit des FDGB muß er-

weitert werden, es muß ein Stab von Instruktoren herangebildet werden, der in jedem Kreis der Provinz Wochenend- und Betriebsberatungen durchführt und den Betriebsräten in ihrer täglichen Arbeit hilft. Besonders auf dem Gebiete der Frauen- und Jugendarbeit haben wir es noch nicht verstanden, eine breite antifaschistische Aufklärungsarbeit zu leisten. Hier ist ein großes Kräftepotenzial vorhanden, das noch mobilisiert werden muß.

## 6. Um die Industrie-, Handels- und Handwerkskammern

zu wirklichen demokratischen Einrichtungen zu machen, müssen nun endlich Funktionäre der Gewerkschaften in diese Institutionen dauernd eingebaut werden.

Zu den Wirtschaftsaufgaben beschließt die Konferenz, daß sie dem Aufbruch der vier Blockparteien zur Bewegung „Einheit und Aufbau für Volk und Heimat“ anschließt. Als dringende Aufgabe der Wirtschaft stehen also im Vordergrund die Umwandlung der Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft; die Sicherung der Frühjahrsbestellung, die Brennstoffbeschaffung, der Transport, Beschaffung von Arbeit für die Frauen, Rohstoffbeschaffung, Aufbau der Städte und Wohnungen und die Schaffung von konkreten Produktionsprogrammen für jeden Betrieb.

Zur Frühjahrsbestellung wurde ein besonderes Programm aufgestellt, für dessen Durchführung die Konferenz alle Gewerkschaftler verpflichtet. Als nächstes sind jetzt vor allem die Produktionsprogramme in den Betrieben aufzustellen.

Die Durchführung solcher Programme dient nicht nur der stärksten Entwicklung der Produktion und immer weiterer Heranziehung der Belegschaften und Betriebsräte bei der Führung der Betriebe, sondern auch der schnellsten Entwicklung der Aktionsfähigkeit und der einheitlichen Arbeitertätigkeit überhaupt. Die Schaffung der einheitlichen Arbeitertätigkeit im Betrieb ist umgekehrt ein mächtiger Hebel und Ansporn für die Erfüllung der Betriebsprogramme und des Aufbaues.

Für die Aufstellung der Betriebsprogramme empfiehlt die Konferenz, dem gegebenen Beispiel einer Fabrik im Zeit-Weissenfelser Kohlengebiet zu folgen.

Zu den Wirtschaftsaufgaben beschließt die Konferenz die Durchführung der Aufgaben, wie sie in dem Aufbruch der Blockparteien für „Einheit und Aufbau von Volk und Heimat“ niedergelegt wurden. Unter ihnen in erster Linie Umstellung der Kriegswirtschaft in Friedenswirtschaft, Sicherung der Frühjahrsbestellung, Brennstoffbeschaffung, Transportwesen, Städte- und Wohnungsbau, Arbeitsmöglichkeit für Frauen, Rohstoffbeschaffung und Produktionsprogramm der Betriebe.

Von diesem Produktionsprogramm der Betriebe hängt nicht nur die Steigerung der Produktion ab. Konkrete Programme sollen vor allem auch die stärkste Einbeziehung der Belegschaften und Betriebsräte in die Führung der Betriebe dienen. Sie dienen vor allem auch der Einheit der Arbeiter und damit der Förderung der Einheitspartei der Arbeiter. Die Einheitspartei der Arbeiter wird umgekehrt außerordentlich zur Erfüllung der Betriebsprogramme beitragen.

Die Konferenz erwartet daher die sofortige Aufstellung solcher konkreten gemeinsamen Aktionsprogramme der Belegschaften aller Betriebe, für die ein Beispiel in dem nachfolgenden Programm einer Fabrik aus dem Zeit-Weissenfelser-Kohlengebiet gegeben wird.

## zur baldigen organisatorischen Vereinigung schafft. Unser Schritt zur Einheit sagt gleichzeitig allen Feinden der Einheitspartei den schärfsten Kampf an. Die Arbeit der anderen Blockparteien wird einen Auftrieb erfahren, wenn die neuerschaffene Kraft der Vereinigung zur Entfaltung kommt.

### Beschluß

Zwecks endgültiger Ausrottung des Faschismus, der Sicherung des friedlichen Aufbaues eines demokratischen Deutschlands, der Zurrückeroberung des Vertrauens der freitheitliebenden Völker und der Sicherung der Einheit Deutschlands hat die gemeinsame Sitzung der Parteileitung der beiden Arbeiterparteien und der Vertreter der Betriebe und Ortsgruppen in Zeit folgendes Beschlüsse gefaßt:

Ein „Organisationskomitee der einheitlichen Arbeiterpartei“, bestehend aus fünfzehn Mitgliedern beider Parteien wird gebildet. Der Genosse Willy Kleiber (SPD) und der Genosse Eric Wagenbreth (KPD) werden in die Leitung dieses Komitees gewählt. Der Genosse Kleiber übernimmt den Vorsitz und der Genosse Wagenbreth ist der Stellvertreter. In dieses Komitee werden außerdem gewählt: Walter Retterath, Kurt Strich, Arthur Ueberschar, Erich Gentz, Arno Vetter, Paul Scharf, Kurt Jacob, Max Thomas, Ilse Claus, Charlotte Hoffmann, Erich Ross, Ernst Beier und Max Benkowitz.

Diesem Komitee untersteht die Leitung der Kreisorganisationsbeider Arbeiterparteien. Die Organisationsbehalten zwar noch ihre Selbstständigkeit, aber die Beschlüsse sind für die Gruppen beider Parteien im Kreise bindend. Das Komitee nimmt sofort in einem neutralen Büro seine Tätigkeit auf und bildet folgende Kommissionen, die die Gesamtarbeit beider Parteien leiten und lenken:

1. Für die Industrie,
2. „ die Landwirtschaft,
3. „ Ernährungs- und Sozialpolitik,
4. „ Volkshildung,
5. „ Agitation und Propaganda,
6. „ Kulturfragen,
7. „ Frauen- und Jugendarbeit,
8. „ Kommunalpolitik,
9. „ Schulung und Organisationsarbeit,
10. „ Gewerkschaften und Genossenschaften.

Alle Orts- und Betriebsgruppen des Kreises sind verpflichtet, nach diesem Beispiel sofort überall dergleichen Komitees zu bilden. Das Komitee betrachtet es als erste Aufgabe, den schärfsten Kampf gegen alle Spalter und Feinde der Einheitspartei zu führen.

Zeit, den 2. Februar 1946. Folgen 26 Unterschriften.

## Hilfe den örtlichen Selbstverwaltungen

Entsendung von Betriebsräten zur Berichterstattung über den Stand der Produktion in die Einwohnerversammlungen, Bürgermeistereien, Stadt- und Kreisverwaltungen. Ohne diese enge Verbindung von Betrieb und Verwaltung und umgekehrt ist der Aufbau eines demokratischen, antifaschistischen Staates nicht denkbar. Ebenso sollen die Verwaltungen des Ortes, Kreises und der Provinz vor den Belegschaften berichten.

## Schutz unserer Betriebe

Unsere neuerschaffene Werkspolizei soll unser eigenes Fleisch und Blut sein. Nicht nur polizeiliche, sondern vor allem politische Eignung wird von den Männern der Werkspolizei verlangt. Unterstützt die Werkspolizei in ihrer verantwortungsvollen Arbeit.

## Wir wollen die Früchte unserer Arbeit

Ein Berliner Schieber verdiente 83000 RM an einer Sendung Keizen. Bei diesen Wucherpreisen muß ein Arbeiter seinen gesamten Wochenlohn aufwenden, um fünf Keizen zu kaufen. Wir verlangen, daß dieser Saboteur des Aufbaus vor Vertretern der Belegschaft verurteilt wird. — Lehre für den Betriebsrat: er muß sich auch um den Absatz kümmern. Der FDGB und die Konsumgenossenschaft müssen ebenfalls mit den Provinzbehörden Wege für die Kontrolle des Handels festlegen.

## Dieses Programm muß zur Aufgabe aller

Funktionäre, des Betriebsrates, der Gewerkschaften und der Mitglieder der Betriebsgruppen werden; die ganze Belegschaft ist für die Durchführung dieser Aufgaben zu mobilisieren, indem jedem einzelnen die Verantwortung für eine bestimmte Teilaufgabe übertragen und die Erledigung unter die Kontrolle der Gesamtschicht gestellt wird.

## Beschlüsse der Zeitortsparteileitungen

Im Volksblatt vom 4. Februar brachten wir den Beschluß, den die Parteileitungen der SPD und der KPD in Zeit über die Bildung eines Organisationskomitees der einheitlichen Arbeiterpartei gefaßt haben. Durch Nachlässigkeiten in der technischen Herstellung sind zwei wichtige Stellen aus dem Abdruck der Beschlüsse. Die Redaktion.

## An alle Ortsgruppen und Betriebsgruppen der KPD und der SPD

Genossinnen und Genossen! Die Vernichtung der Reste des Faschismus, der Neuaufbau der Wirtschaft und die Sicherung des Lebens des deutschen Volkes, der Kampf gegen Faschismus und Separatismus erfordert die Einheit der Arbeiterschaft und der Parteien. Dieser Kampf wird aber nur dann von Erfolg sein, wenn es gelingt, beide Arbeiterparteien zu vereinigen. Deshalb darf es keine Verzögerung geben! Die Führung der beiden Parteien zusammen mit den Vertretern der Betriebe und Ortsgruppen der Stadt und des Kreises bildet ein „Organisationskomitee der einheitlichen Arbeiterpartei“. Dieser Beschluß muß ein Signal sein, allen Orten und Betrieben der Provinz unserm Beispiel zu folgen. Bildet

## Wie die Betriebe der Provinz arbeiten sollen

In der Entschliessung der Delegiertenversammlung wurde das nachstehende Betriebsprogramm als vorbildlich empfohlen:

### Programm der Belegschaft der Fabrik K. . . n

#### Die Schaffung der Einheit

aller im Betrieb Beschäftigten ist die wichtigste Voraussetzung für die Erfüllung unserer Aufgabe. Deshalb wird allen die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zur Pflicht gemacht.

#### Beseitigung aller noch vorhandenen Einflüsse der Gewerkschaften im Braunkohlenbergbau

Die Betriebsräte werden nochmals aufgefördert, bei der SMA, der Provinzialverwaltung Sachsen und dem FDGB die Beschlüsse der Betriebsratskonferenz in . . . z (27. Dezember 1945) über Beseitigung der Konzerngrenzen zur Geltung zu bringen.

#### Zur Sicherung der Produktion

werden wöchentlich Produktionsberatungen für den Gesamtbetrieb und für die einzelnen Werkstätten abgehalten. Ueberwachung der Eingänge von Rohstoffen und Material, Erfüllung der Planlizenzen, kameradschaftliche Verständigung mit den Schweißern Pr. und Gr., Ingangsetzung unserer Neuanlage durch Sicherung von Energie und Dampf sowie Teereinrichtungen, Verhandlungen mit der Deutschen Zentralstelle in Fragen der Benzinergewinnung und Abwehr der drohenden Stilllegung.

#### Löhne und Arbeitsordnung

Die alte Betriebsordnung ist außer Kraft gesetzt. Die Gestaltung der Löhne und Arbeitsordnung steht unter der Führung des Betriebsausschusses des FDGB.

#### Ernährung und Gesundheitszustand

Die bestehende Musterkücheküche wird erhalten. Zur Sicherung der Versorgung wird der Werkskantine die Möglichkeit für Viehhaltung und zur Erweiterung der Garten- und Feldwirtschaft gegeben. Eine tiefgreifende Untersuchung ist notwendig. Die Konsumgenossenschaft soll eine günstig gelegene Verkaufsstelle einrichten.

#### Pflege der Maschinen und Fahrzeuge

Die neuerschaffene Fahrleitungsstelle kontrolliert alle Personen- und Lastkraftwagen. Das Vorrecht auf Privatwagen hat aufgehört; alle Wagen sind Werkfahrzeuge. Maschinenarbeiter tragen für ihnen anvertraute Maschinen die volle Verantwortung. Der Umlauf der eigenen Eisenbahn- und Kesselwagen wird der Fahrleitungsstelle zur Nachprüfung unterstellt. Die Sauberkeit des Arbeitsplatzes ist in allen Abteilungen selbstverständliche Pflicht.

#### Die Wissenschaftler des Hauptlabors

sollen den Arbeitern in gemeinsamen Versuchsstunden die Vorgänge ihrer Arbeit klarmachen, neue Forschungswege entwickeln und sich nicht nur auf ihr wissenschaftliches Können, sondern auch auf die praktischen Erfahrungen der Arbeiter stützen. Die jetzige Spaltung zwischen Wissenschaftlern und Arbeitern soll durch gemeinsame Beratung und Arbeit überwunden werden. Preisausschreiben oder Prämien für Verbesserungsvorschläge und Erfindungen sowie für schnelle Ueberwindung von auftretenden Schwierigkeiten durch Improvisation.

#### Erziehung, Schulung und Kunst

Oberste Pflicht ist Ausmerzung der faschistisch-militaristischen Einstellung. Die begonnenen freiwilligen Schulungsstunden sollen ausgebaut werden. An der Stelle der jetzigen Tischerei ist die Einrichtung einer Betriebsbibliothek mit Lesernorm geplant. In die Belegschaftssäle, Kesselgießerei und Packerei wird

#### eine Lautsprecheranlage eingebaut, der Apparat und Mikrofon wird im Zimmer der Betriebsräte aufgestellt. Uebertragungen in die Abteilungen, wo kein Maschinenlärm ist, Pläne für den Bau einer Betriebskulturröhre sowie Erschließung der Fargebastes Riebeck als Bad, Freilichtbühne und Sportplatz, Entwurf 1946. Unter weitgehendem Einsatz aller Werkangehörigen in freiwilliger Arbeit. Gesteigerte Mitarbeit an Briefkastens und Wandzeitung.

#### Gegenseitige Hilfe zwischen Arbeiter und Bauer

Die Verbindung zu den Bauern wird noch durch veraltete Vorstellungen gehemmt. Als Betrieb in einer Agrarumgebung haben unsere Arbeiter als Einwohner bäuerlicher Landgemeinden die Pflicht, den bäuerlichen Sektor unserer Wirtschaft zu helfen und ihn zu beraten. Einsatz der Betriebswerkstätten zur Reparatur von Landmaschinen. Forderung an die Kreisverwaltung: Schaffung einer kreis-eigenen Bauernschule zur Förderung des bäuerlichen Nachwuchses.

#### Antifaschismus und Betriebsjugend

Unterstützung des Jugendausschusses des Betriebes. Ueberwachung und Betreuung der ausgewählten Jungarbeiter und -arbeiterinnen zum Studium an der Universität. Dazu gibt jedes Belegschaftsmitglied RM 0,10 vom Wochenlohn als Stipendium. Das Werk bringt mindestens denselben Betrag für Stipendium auf wie die Belegschaft. Beratung von Jugend-schutzmaßnahmen.

#### Belegung der Frauennarbeit

Hieranziehung von weiblichen Arbeitskräften; ihre Einarbeitung und Anlernung, Einrichtung der Kinderkrippen und -arbeiterinnen der Frauen des Betriebes mit den Frauen der Wohngemeinde. Arbeit unter Leitung der Frauenausschüsse für Flüchtlinge, Umsiedler, Rentner und Kinder.

#### Gleicher Lohn für gleiche Leistung

für die Jugend wie für die Frauen gilt als Grundsatz.

#### Beschlüsse

#### der Zeitortsparteileitungen

Im Volksblatt vom 4. Februar brachten wir den Beschluß, den die Parteileitungen der SPD und der KPD in Zeit über die Bildung eines Organisationskomitees der einheitlichen Arbeiterpartei gefaßt haben. Durch Nachlässigkeiten in der technischen Herstellung sind zwei wichtige Stellen aus dem Abdruck der Beschlüsse. Die Redaktion.

#### An alle Ortsgruppen und Betriebsgruppen der KPD und der SPD

Genossinnen und Genossen! Die Vernichtung der Reste des Faschismus, der Neuaufbau der Wirtschaft und die Sicherung des Lebens des deutschen Volkes, der Kampf gegen Faschismus und Separatismus erfordert die Einheit der Arbeiterschaft und der Parteien. Dieser Kampf wird aber nur dann von Erfolg sein, wenn es gelingt, beide Arbeiterparteien zu vereinigen. Deshalb darf es keine Verzögerung geben! Die Führung der beiden Parteien zusammen mit den Vertretern der Betriebe und Ortsgruppen der Stadt und des Kreises bildet ein „Organisationskomitee der einheitlichen Arbeiterpartei“. Dieser Beschluß muß ein Signal sein, allen Orten und Betrieben der Provinz unserm Beispiel zu folgen. Bildet





## Franco - Spanien und die UNO

London (SNB). Laut Reuter waren die hervorragenden Punkte der Debatte beim Ausschuss für soziale und humanitäre Angelegenheiten des Sicherheitsrates gegen das Francoregime von Seiten des Panama-Delegierten und eine Darlegung ihrer Ansichten bezüglich Palästinas und der jüdischen Flüchtlinge seitens der Vertreter des Libanon und des Iraks.

Da Porras aus Mexiko erklärte, daß in den spanischen Konzentrationslagern tausende politischer Gefangener festgehalten würden unter Bedingungen, die schrecklicher seien als Belsen und Dachau. Wenn Lateinamerika seine Mutterlande entfremdet werde, so nur wegen der verwerflichen Bande, die es tyrannisiere. Es gebe eine halbe Million spanischer Verbannter, erklärte Porras. Von den 130.000 in Haifa habe Hütter 50.000 zur Ansiedlung in Deutschland deportiert, von denen sei die Hälfte gestorben.

## Die Kontrolle der Atom-Energie

London (SNB). Laut einer Meldung des Londoner Rundfunks ernannte Truman in einer Botschaft an den amerikanischen Kongreß die Schaffung eines Gesetzes zur Kontrolle der Atomenergie. Ein Dreier-Ausschuß soll gebildet werden, durch den die amerikanische Regierung die wichtigsten Rohstoffe für Atomspaltung sowie die Produktion und Förderung auf diesem Gebiet kontrollieren wird.

## Arbeitspflicht in Oesterreich

Wien (SNB). Der Rundfunk meldet aus Graz: Die Bundesregierung hat im Nationalrat die Vorlage eines Arbeitspflichtgesetzes eingebracht. Nach dem Gesetz sind zur Arbeitspflicht alle Personen heranzuziehen, die keinem Erwerb, der sie voll in Anspruch nimmt, nachgehen. Verheiratete Frauen, die den Haushalt führen, sind von der Arbeitspflicht ausgenommen. Die Altersgrenzen sind bei männlichen Personen 15 und 60 Jahre, bei weiblichen Personen 15 und 45 Jahre.

Bei ehemaligen Nationalsozialisten erhöht sich die obere Altersgrenze um 10 Jahre. Das Gesetz gilt nur für das laufende Jahr.

## Bildung der ungarischen Regierung

Budapest (TASS). Nach Meldung des ungarischen Rundfunks ernannte der Präsident der Republik, Zoltan Tildy, auf Vorschlag der politischen Kommission die Mitglieder der neuen gegenwärtigen Vorsitzenden der Nationalversammlung, Ferencz Nadj, zum Premierminister Ungarns und beauftragte ihn mit der Bildung der ungarischen Regierung. Er übernahm die Regierung in ihrer bisherigen Zusammensetzung.

## Ägypten fordert Abzug der Engländer

Newyork (SNB). Nach einer Meldung des Newyorker Rundfunks beschloß das ägyptische Kabinett, erneut den Abzug der britischen Truppen aus Ägypten und die Eingliederung des englisch-ägyptischen Sudan in das ägyptische Königreich zu verlangen.

Berlin (SNB). Eine Rundfunkmeldung besagt, daß eine Abteilung britischer Truppen in Alexandria an Land gegangen ist. Weitere Kontingente werden erwartet.

London (SNB). Nach Reuter hat die britische Außenpolitik die Entscheidung über die Herausziehung der britischen Truppen aus Ägypten die politische Krise in Ägypten und den Zusammenstoß der britischen und ägyptischen Interessen nur auf die Dauer von Wochen verschoben.

Die Krise wird zu dem Zeitpunkt erwartet, wo der britische Botschafter in Kairo, Lord Killern, auf die erste spezifische Forderung nach totaler und vollständiger Entferrnung der britischen Truppen aus Ägypten durch die ägyptische Regierung antwortet.

## Japanische Kriegsverbrechen verurteilt

Canberra (SNB). Wie der amerikanische Nachrichtendienst meldet, gab Australiens Kriegsminister Forde bekannt, daß Gerichtsverhandlungen gegen 384 Japaner, die 17 Kriegsverbrechen angeklagt sind, begonnen haben. Außerdem sind Untersuchungen gegen mehr als 750 verdächtige Japaner eingeleitet. Der Oberste Australische Gerichtshof hat acht gegen japanische Kriegsverbrecher ausgesprochene Todesurteile bestätigt.

## USA-Dampfer auf eine Mine gelaufen

Bordeaux (SNB). Nach einer France-Press-Meldung lief der amerikanische Dampfer „Antletiam“ in der Einfahrt in die äußere Girondo auf eine Mine und wurde leck. Von der 40köpfigen Besatzung zählte man bisher zwei Getretete. Die „Antletiam“ kam aus den Vereinigten Staaten mit einer Ladung von Einfuhrwaren, darunter 8000 Tonnen Kohle.

Brüssel (SNB). Das Kriegsgericht verurteilte von 17 Angeklagten zwei zum Tode. Sie gehörten zu einer Geheimorganisation, die zugunsten von Kollaboranten wirkte.

# Die Bibliothek von Loewen

## Der Nürnberger Prozeß

Nürnberg (SNB). Der Generalsekretär der Universität Loewen, Professor Leo van den Essen, berichtet als über das tragische Schicksal der wertvollen Bibliothek von Loewen. Sie wurde bereits im ersten Weltkrieg durch Soldaten des 9. deutschen Armeekorps zerstört und ist in der Nacht zum 17. Mai 1940 wiederum systematisch und vorsätzlich zerstört worden. Der Zeuge erzählt, daß bei der Räumung der Bibliothek die Bücher weggenommen wurden, alle Zeitschriften als Vergeltungswakt für Sabotagehandlungen belgischer Patrioten während des deutschen Rückzuges zu erschließen.

Nach der Vernehmung dieses Zeugen ging der französische Anklagevertreter zu den widerrechtlichen Besitznahmen der Deutschen in Frankreich über. Die Demarkationslinie war ein besonders gutes Druckmittel. Je nach den politischen Notwendigkeiten wurde sie strenger

# Die Lage Griechenlands vor dem Sicherheitsrat

London (TASS). Auf der Sitzung des Sicherheitsrates erhielt nach A. J. Wyszynski der englische Außenminister Bevin das Wort. In seiner Rede erklärte er, daß nach seiner Meinung die von ihm gehörte Rede und die beschriebenen Schwierigkeiten der Lage in Griechenland nicht auf die Notwendigkeit eines Rückzuges der englischen Truppen hinweisen, sondern auf die dringende Notwendigkeit, eine noch größere Anzahl englischer Truppen hinzubringen. Bevin erklärte, daß die Lage in Griechenland in Yalta und auf der Potsdamer Konferenz besprochen wurde und sagte weiterhin, daß die griechische Lage angeblich „stets zu einem Gegenangriff gegen England ausgenutzt wurde“.

Bevin umriß die Ursachen der Ankunft der englischen Truppen in Griechenland und äußerte sich gleichzeitig mit dem höchsten Lob über die Tapferkeit Griechenlands im Kampfe gegen die Deutschen und Italiener.

Bevin erklärte dem Sicherheitsrat, daß er alles, was er jetzt sage, auch dem englischen Parlament gesagt hat. Er war damals Mitglied der Koalitionsregierung und nahm an allen Diskussionen teil. Die Konferenz der Labour-Partei hat seine Handlungsweise unterstützt. Bevin erklärte, daß die englischen Truppen nach Griechenland geschickt wurden, dort der Bürgerkrieg war. Bevin behauptete, daß nach vorliegenden Meldungen diese Bürgerkrieg in erster Linie von den Kommunisten begonnen wurde.

Griechenland, erklärte Bevin, wurde vor dem Beginn der Diktatur regiert. Griechenland beendete diesen furchtbaren Krieg mit

einer zerschlagenen Regierung, und die englische Regierung beschloß, ob das nun richtig sei oder nicht, daß sie sich in Griechenland Versuche und Irrtümer erlauben muß, bis sich seine demokratischen Grundlagen festigen werden. Bevin bestritt, daß das englische Kabinett Regierungen in Griechenland geschaffen ermuntert hätte, ihre eigenen Regierungen zu bilden.

Auf die Zwischenfälle in Kalamata eingehend, sagte Bevin, daß die englischen Truppen sich nicht an diesen Vorfällen beteiligt hätten. Weiterhin wies Bevin darauf hin, daß die Sowjetregierung vorgeschlagen habe, an der Beobachtung der Wahlen in Griechenland teilzunehmen, daß diese sich aber geweigert hätte. Nach der Meinung Bevins ist die englische Regierung berechtigt, ihre Truppen in Griechenland zu unterhalten, da es auf Einladung der griechischen Regierung geschieht.

Nach den Worten Bevins werden die englischen Truppen zurückgezogen, soweit England seine Verpflichtungen erfüllen kann, die es gegenüber der griechischen Regierung eingegangen ist.

Bevin ging auf die von A. J. Wyszynski zitierte Erklärung des griechischen Metropolit Joakim ein, und erklärte, daß seine Aussagen unbestätigt sind. Bevin motivierte seine Erklärung damit, daß Joakim ein führendes Mitglied der ELAS sei.

Abschließend erklärte Bevin: „Wenn wir den Frieden zwischen den Weltmächten durch den Rat der Sicherheitsrat das Recht, es zu

sagen, und die englische Regierung wird diese Entscheidung berücksichtigen. Wenn wir jedoch den griechischen Frieden nicht gefährden, dann haben wir das Recht zu verlangen, daß unser Ansehen wieder hergestellt wird.“

(SNB). In der folgenden Sitzung wurde die Debatte über die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland fortgesetzt.

Der Präsident fragte, ob die Vertreter der Sowjetunion, Großbritannien und Griechenland zu ihren Erklärungen in der Sitzung des Sicherheitsrats am vergangenen Freitag etwas hinzufügen wollten.

Der stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, W y s c h i n s k i j, ergriff hierauf zu einer längeren Rede das Wort.

Wyszynski zitierte unter anderem die Ausführungen des Labour-Abgeordneten Cooks im Unterhaus. Dieser habe im britischen Unterhaus erklärt, daß EAM eine nationale Bewegung sei und daß die griechischen Rechtsparteien aus der Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland Vorteile ziehen könnten.

Cooks habe davor gewarnt, Großbritannien könnte in Griechenland einen offenen Krieg verwickelt werden, wenn England die falsche Seite unterstütze, und nach Ansicht des Abgeordneten habe England dies getan.

Hat sich die Lage in Griechenland seitdem verändert? so stellte Wyszynski die Frage. Die Londoner Blätter zeigen, daß sich die Lage in Griechenland im Januar 1946 geändert hat, aber zum Bösen. Die sowjetischen Delegierten, sagte Wyszynski, erinnern sich der dunklen Schatten der Vergangenheit, als sie Bevins Rede hörten.

Wyszynski zitierte dann andere Berichte britischer und griechischer Beobachter über die Lage in Griechenland. „Ich stelle an Außenminister Bevin die Frage:

Sind alle diese Erklärungen britischer Beobachter, die eine Lage erkennen lassen, die für Griechenland und den Weltfrieden ernste Folgen haben könnte, sind alle diese Erklärungen gleichfalls sowjetische Propaganda? Ich verlange eine offene Antwort.“

Außenminister Bevin hat vom Sicherheitsrat eine klare Entscheidung über die Frage verlangt, ob das Verhalten der britischen Regierung den Weltfrieden gefährde. Die klare Antwort der sowjetischen Regierung auf diese Frage lautet:

„Die Anwesenheit britischer Truppen in Griechenland gefährdet den Weltfrieden.“

Wyszynski schloß mit der Forderung nach Abziehung der britischen Truppen aus Griechenland.

Nach dem sowjetischen Delegierten sprachen: der britische Außenminister Bevin, die griechische Delegierte Agnides, der USA-Delegierte Steinhilber, der französische Außenminister Bidault, der chinesische Delegierte Wellington Koo und der australische Delegierte und Vorsitzende des Sicherheitsrates Norman Makin.

## Frankreichs Forderungen an Italien

London (SNB). Laut einer Asso-Press-Meldung übergab der französische Vertreter im Rat der stellvertretenden Außenminister ein Memorandum, das die französischen Gebietsforderungen an Italien genau umschreibt.

In Europa richteten sich diese Forderungen auf die Alpenregion, die die strategische Höhepunkte in französische Hände bringen würde. Die Bevölkerung des strittigen Gebietes beträgt etwa 200.000 Einwohner. Aehnliche Gebietsforderungen werden an der tunesisch-lybischen Grenze in Nordafrika erhoben. Die größte französische Gebietsforderung bezieht sich auf den südlichen Teil Libyens. Frankreich beansprucht den Fezzan, das südlybische Oasengebiet, das tief in den französischen Sudan einschneidet und von den Kräften der französischen Freiheitsbewegung erobert wurde.

Frankreich und Italien stehen zu gleicher Zeit in Verhandlungen über einen Handelsvertrag.

# Im Zeichen der Einheit

## Erfolg der Sangerhäuser Gewerkschaftsrat

Der Vorsitzende des FDGB, Baran, wies auf die hohe Bedeutung hin, die der ersten freien Gewerkschaftskonferenz nach zwölf Jahren der Unterdrückung innewohnt. Nachdem der 2. Bürgermeister, Elisabeth Pätz, die Anwesenden im Namen der Stadtverwaltung bewillkommelte, hatte die Frage, wer der Vorsitzende des Antifaschistischen Frauenausschusses, eine Resolution der weiblichen Schaffenden, die u. a. folgendes forderte: Bei gleicher Arbeit gleiche Entlohnung und gleicher Urlaub, weitgehender Schutz für Schwangere, Aufhebung des Zwangs zur Nachtarbeit und Überstundenleistung, Aufklärung und Bildung der deutschen Frau durch die Gewerkschaft. Anschließend wurden Delegierte ins Präsidium und die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Der ehemalige Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes Eisner gab den Tätigkeitsbereich der alten Leitung. Sofort nach Niederschlagung des Naziregimes regten sich die alten erprobten Gewerkschaftler, um auch für den Kreis Sangerhausen den Wiederaufbau der Gewerkschaft in die Wege zu leiten. Unter unermüdlicher Arbeit, die sich bis in die kleinsten Orte des Kreisgebietes erstreckte, stieg die Zahl der Neuaufnahmen ständig. Dieser Mitgliederzuwachs machte sich bei der Delegiertenwahl weitgehend bemerkbar; 88 Prozent der Organisierenden haben von ihrem Stimmrecht

Gebrauch gemacht. Der Sprecher gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gewerkschaftliche Einheit sich auch auf die politische Einheit der Schaffenden übertragen möge.

Dem Kassenbericht folgte die Ansprache des Referenten Schneider, Halle, über die Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Schon die Gewerkschaft der sechziger Jahre war eine Kampforganisation gegen Kapitalismus und Feudalismus, mit dem Anwachsen ihrer Mitgliederzahl verflachte die Organisation ideologisch. In demselben Maß, wie die kapitalistischen Kräfte ihre Stellung festigten, zersplitterte die Kraft und Einheit der Arbeiterklasse. Diese geistige Zersetzung führte zu den rückwärtigen verjährigen Weltkrieg und später zu den politischen Geschehnissen des Jahres 1933. Der Gewerkschaftswahl, so betonte der Redner, kommt eine große politische Verantwortung zu. Sie trifft die Auserle der Männer, die die Geschichte der deutschen Arbeiterschaft bestimmen werden.

Dem Referat folgten eine ausgedehnte Diskussion sowie die Wahl des Kreisausschusses und der vier Abgeordneten zur Provinzial-Delegiertenkonferenz. Die achtstündige Konferenz ging in einen bunten Gemeinschaftsabend über, den die Künstler der Sangerhäuser Volkshöhne zusammen mit der Kapelle Beinhart ausstatteten.

